DIE LUPE

DIE LINKE.
Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg
dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

DIE LUPE *http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/*

Mai/Juni 2018

Solidarität – Vielfalt – Gerechtigkeit!

Foto: *Uwe Hiksch*

Unter diesem Motto versammelten sich 14.000 Menschen zur Demonstration des Deutschen Gewerkschaftsbunds am Ersten Mai, dem Tag der Arbeit. Auch DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg beteiligte sich mit einer starken Delegation an der Demonstration. DIE LINKE fordert die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro und einen Pflegemindestlohn von 14,50 Euro. Tarifverträge müssen für Alle gelten, die Tarifflucht gestoppt werden. Sachgrundlose und Ketten-Befristungen wollen wir abschaffen, Lohndumping durch Leiharbeit unterbinden. Eine weitere, eher satirische Demonstration führte am Ersten Mai durch Grunewald. Der Besuch im „abgehängten Problemkiez Grunewald" lockte statt der angemeldeten 200 über 3000 Menschen an, die auf ironische Weise auf die tiefe soziale Spaltung unserer Gesellschaft hinweisen wollten. Auch die neue Bundesregierung stellt keine Weichen in Richtung einer gerechteren Gesellschaft. DIE LINKE will umsteuern: Deutschland braucht eine Vermögenssteuer und eine Reform der Einkommenssteuer, die hohe Einkommen stärker und mittlere sowie geringere Einkommen deutlich weniger belastet. Konzerngewinne müssen höher besteuert - und vor allem Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Der aktive Kampf für die Rechte der lohnabhängigen Menschen – das ist auch die richtige Art, Karl Marx anlässlich seines 200. Geburtstag (am 5. Mai) zu gedenken.

Alexander King

Kuba hat einen neuen Präsidenten

Die kubanische Nationalversammlung hat am 19.März einen neuen Staatsrat gewählt und Miguel Dìaz - Canel als Vorsitzenden des Staats-u Ministerrats bestimmt. Damit ist der 59-jährige Ingenieur der neue Präsident Kubas. Unspektakulär wie auch die Weitergabe des höchsten Staatsamtes durch Fidel an Raúl Castro erfolgte dieser Generationswechsel, bei der das erste Mal nicht jemand aus der sog. Historischen Generation der Revolutionäre an der Spitze des Staates steht. Dìaz - Canel steht für eine Generation, die nach der Revolution von 1959 geboren wurde und sich in den 90er Jahren, in der „Spezialperiode" nach dem Endes des sowjetischen Wirtschaftsraumes in der Arbeit und im gesellschaftlichen Engagement beweisen musste.
„Ich vespreche nichts, so wie es die Revolution in all den Jahren nicht getan hat", so Dìaz - Canel in seiner Antrittsrede. Er werde für „die Erfüllung des Programms arbeiten, das wir uns als Regierung und als Volk mit den Leitlinien der Parteit und der Revolution gegeben haben".
Und das ist es, was kubanische Arbeitnehmer jeden Tag tun angesichts eines weiterhin verbesserungsbedürftigen Transportsystems, das den Weg zur Arbeit beschwerlich macht, angesichts einer Doppelwährung, die den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen jenseits der garantierten Basisversorgung unmöglich macht,wenn man nur über Pesos verfügt.

Fortsetzung auf Seite 5

Sozialberatung
mit RA Claus Föster,
Di. 12.06. 10 - 12 Uhr
in der Roten Insel

Sprechstunde mit
MdA **Harald Gindra**
Montag 18.06.2018,
15 - 17 Uhr, in der
Roten Insel, Feurigstr.
68, 10827 Berlin
Siehe auch S. 4

Mieterberatung
Je 2. und 4. Di. im
Monat 14 - 16 Uhr im
Kiezbüro

Sprechstunde mit
MdA **Philipp Bertram**
Montag 14.05.,
11.06.2018
15-17 Uhr, in der
Roten Insel, Feurigstr.
68, 10827 Berlin
Siehe auch S. 4

Sozial-Rechtsberatung im Stadtbüro:
Kaiserin-Augusta-Str.
75, 12103 Berlin, Je. 2.
und 4. Do., 15-17 Uhr,
um Anmeldung wird
gebeten. *Siehe S. 4*

Rathaus öffnen
Hier kurze Hinweise, wie man die Rathaus-Politik im Bezirk direkt beeinflussen kann. Die Verordneten von DIE LINKE beraten und unterstützen Sie/Dich gerne dabei.
Mehr Demokratie im Bezirk www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/aktuelles/buergerbeteiligung/artikel.395202.php
Einwohnerfragen Fragestunde Zu jeder BVV-Sitzung können Einwohnerinnen und Einwohner am Anfang der Sitzung Anliegen öffentlich machen und eine Antwort vom Bezirksamt abfordern: www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/einwohnerfragen/
Bürgerbegehren und Bürgerbescheid Grundsätzlich sind Bürgerbegehren zu allen Themenbereichen möglich, in denen die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschlussberechtigt ist.
Eingaben und Beschwerden Probleme mit Entscheidungen der Verwaltung können als Petition an den BVV-Ausschuss eingereicht werden: www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/eingaben-und-beschwerden/formular.395270.php
Bürgerbeteiligung bei Bebauungsplänen Bei neuen Bebauungsplänen sind Interventionen möglich: www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik-und-verwaltung/aemter/stadtentwicklungsamt/stadtplanung/bebauungsplanung/ Bebauungsplanung
BVV-Sondermittel „Zuschüsse für Vereine, Bürgerinitiativen und Projekte aller Art". www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/aktuelles-und-wissenswertes/artikel.347560.php

Die BVV am 18. April 2018

Zweckentfremdung in der Czeminskistraße
Mieter_innen machen sich Sorgen wie es in ihrem Haus in der Czeminskistraße 7 für sie weiter geht. In einer Bürger_innen-Anfrage wollte eine Bürgerin wissen, welche Maßnahmen das Bezirksamt gegen den Leerstand von 10 Wohnungen bei insgesamt 40 Wohneinheiten unternimmt. Es ist davon auszugehen, dass der Eigentümer Akelius profitablere Schritte der Vermietung oder des Verkaufs beabsichtigt. Aus „Datenschutzgründen" wurde diese Anfrage leider nicht beantwortet. Jedoch gab es eine Mündliche Anfrage von BV Scherzinger (DIE LINKE) mit einer ähnlichen Stoßrichtung – u.a. dazu, welche Instrumente das Bezirksamt in diesem Fall einsetzen wird. Der schriftlichen Beantwortung ist zu entnehmen, dass das Bezirksamt in solchen Fällen eine Rückführungsanordnung erlassen kann, jedoch sei derzeit die Frist für dieses Haus noch nicht abgelaufen. Leider bietet das Zweckentfremdungsgesetz (das in dieser Region gilt) keine Möglichkeit, um eine kostengünstigere Mietpreisgestaltung durchzusetzen. Es enthält lediglich eine Genehmigungspflicht für die Änderung oder die Nutzungsänderung baulicher Anlagen. DIE LINKE setzt sich für konsequente Maßnahmen gegen Zweckentfremdung ein. Wohnungen dürfen nicht als Spekulationsobjekte für Eigentümer_innen missbraucht werden, sie müssen für die Menschen da sein, die sie brauchen.

Bebauung auf Friedhöfen muss Grenzen gesetzt werden
DIE LINKE brachte einen Dringlichkeitsantrag „Umwidmung des Dreifaltigkeitsfriedhofs III (Mariendorf) verhindern" ein, sowie einen Ersatzantrag zur Beschlussempfehlung (Drs. 485), die unseren Antrag vom März als erledigt sehen wollte („Der Antrag wird nicht weiter verfolgt da er durch Verwaltungshandeln erledigt ist"). Einen Ersatzantrag zur Beschlussempfehlung brachten auch die Grünen ein, DIE LINKE schloss sich diesem an. Darin heißt es u.a. dass sich das Bezirksamt bei den zuständigen Stellen der Senatsverwaltung dafür einsetzt, die Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) für den Dreifaltigkeitsfriedhof III auf jene Flächen zu begrenzen, die für das geplante Bauvorhaben der Anne-Ramm-Stiftung notwendig sind; eine Änderung des FNP auch in südlicher Richtung, wie es die Senatsverwaltung vorgeschlagen hat, soll dagegen unterbleiben. DIE LINKE findet, Friedhöfe sind Grünflächen und haben für die Mehrheit der Bevölkerung nicht nur einen hohen Erholungswert, sondern sind zudem Orte der Trauer und Besinnung. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, erstaunlicherweise auch von der SPD, die sonst jede noch so kleine Freifläche bebauen möchte.

Antisemitismus entschlossen entgegentreten
Mit diesem Titel brachte die CDU einen Antrag (Drs. 645) ein, wogegen DIE LINKE einen Ersetzungsantrag stellte, denn wir sind der Meinung, dass nicht nur Antisemitismus sondern jegliche Form von Diskriminierung und Gewalt gegen Andersgläubige entschlossen bekämpft werden muss. Den Vorfall (antisemitischer Angriff mit Todesdrohung) in der Paul-Simmel-Grundschule haben wir in einer Pressemitteilung vehement verurteilt. Dennoch muss unser Widerstand ebenso der Diskriminierung von Christen, Muslimen und Atheisten gelten. Diesem Gesamtproblem muss strukturell etwas entgegengesetzt werden. Beispielsweise könnte man in den Lehrplänen der Grundschulen einen entsprechenden Verhaltenskodex aufnehmen. Gerade der Echo-Preis-Skandal zeigt in aller Deutlichkeit, dass Gewaltverherrlichung, Rassismus, Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit und Homophobie in der Jugendkultur Mainstreamtauglich geworden sind. Die CDU hat sich durchgerungen, eine Austauschseite zu ihrem Antrag einzubringen, in der auch andere Formen von Diskriminierung angesprochen werden. Die Anträge wurden in den Haupt- und Jugendhilfeausschuss überwiesen. Dennoch zeichnet sich aufgrund der Redebeiträge von Grünen und SPD schon jetzt ab, dass der Fokus der großen Fraktionen auf den Antisemitismus begrenzt ist.

Elisabeth Wissel

Proteste gegen hohe Mieten

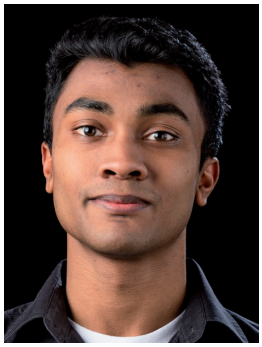
Trotz Anfangs starkem Regen protestierten am Samstag, den 14. April 2018 etwa 25.000 Berlinerinnen und Berliner gegen die stetig steigenden Mieten in der Stadt. Damit gingen erstmals mehrere tausend Menschen gegen die Verdrängung aus den Kietzen und Luxussanierung auf die Straße. Die Linksfraktion Tempelhof-Schöneberg war von Anfang an bei dem Protestzug dabei, der vom Potsdamer Platz bis nach Schöneberg führte und unterstützt die Forderungen der Demonstranten nach mehr bezahlbarem Wohnraum. Die Schlusskundgebung fand an der Kreuzung Potsdamer/Pallas-/Goebenstraße statt. Genau dort, wo die autonomen Jugendzentren Potse und Drugstore seit 1972 ihre Räume haben. Auch sie sind von der Verdrängung betroffen. Der neue Investor der Intown Gruppe will die Jugendlichen aus ihrer Einrichtung raushaben und kündigte den Mietvertrag zum Ende 2018. Nun soll dort ein Coworking-Space und ein luxuriöser Hostelbetrieb eingerichtet werden.

Auf Landesebene wurde zwar schon viel für den Schutz von Mieterinnen und Mietern getan: Die ausgewiesenen Milieuschutzgebiete sind deutlich gestiegen und das sogenannte

Fortsetzung auf Seite 3

Helfen statt reden - DIE LINKE. im Rathaus ist für Sie da!

Carolin Behrenwald
Ausschüsse für: Eingabe und Beschwerden; Schule; Integration (Ausschussvorsitz); Frauen-, Queer- und Inklusionspolitik (Stellv. Ausschussvorsitz).
carolin.behrenwald@linksfraktion-ts.de



Martin Rutsch
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Ausschüsse für: Bürgerdienste und Ordnungsangelegenheiten; Straßen, Verkehr, Grün und Umwelt; Jugendhilfeausschuss.
martin.rutsch@linksfraktion-ts.de

Christine Scherzinger
Ausschüsse für: Stadtentwicklung; Wirtschaft.
christine.scherzinger@linksfraktion-ts.de

Katharina Marg
Ausschüsse für: Rechnungsprüfung; Gesundheit; Sport.
katharina.marg@linksfraktion-ts.de

Elisabeth Wissel
Fraktionsvorsitzende
Ausschüsse für: Bibliotheken, Bildung und Kultur; Soziales, Senioren und demografischer Wandel; Hauptausschuss; Facillity Management; Ältestenrat.
Telefon: 01577 34 62 721
elisabeth.wissel@linksfraktion-ts.de

Liebe Tempelhof-Schöneberger_innen,
am 18. September 2016 wurde DIE LINKE. mit 8,7 % erstmals in Fraktionsstärke in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Tempelhof-Schöneberg gewählt. DIE LINKE. ist nun mit 5 Verordneten in der BVV vertreten. Unser Plus von 5 Prozentpunkten hat gezeigt, dass immer mehr Menschen in unserem Bezirk eine soziale Alternative zu den anderen Parteien wollen. Wir nehmen das als Verantwortung. „Helfen statt reden" - das war unser Motto im Wahlkampf. Und das ist unser Anspruch auch nach der Wahl. Wir möchten gerne Ihre eigenen Anliegen hören und mit Ihnen diese politisch umsetzen. Hierzu bieten wir j**eden Mittwoch von 15-17 Uhr im Rathaus Schöneberg (Raum 2115)** eine Sprechstunde an, zu der wir Sie herzlich einladen. Eine Anmeldung vorab ist nicht notwendig. Ferner können Sie uns auch per Mail unter **kontakt@linksfraktion-ts.de** erreichen. Wir freuen uns auf Sie!

Büro und Erreichbarkeit
im **Rathaus Schöneberg**:
Raum 2115
Tel: **0**30 /90 27 74 898
(Neu: 30 26 59 34 86)
E-Mail: *kontakt@linksfraktion-ts.de*
Sprechstunde:
Mittwochs 15 - 17 Uhr

Fraktionssitzung:
In offener Diskussion, Gäste sind ausdrücklich eingeladen. Mitglieder, andere kommunal Interessierte und von bezirklichen Entscheidungen Betroffene können auf diese Weise Einfluss auf Vorlagen der BVV nehmen.
Fraktionssitzungstermine
Montag 14.05.2018 um 19 Uhr, Vorbereitung der BVV im Raum 2115 im Rathaus Schöneberg.

Bezirksverordnetenversammlung (BVV)
Die nächste öffentliche BVV-Sitzung findet am 16.05.2018 um 17 Uhr, im Rathaus Schöneberg, BVV-Saal statt.

Proteste gegen hohe Mieten *Fortsetzung von Seite 2*

Prozent in drei Jahren bei bestehenden Verträgen ist Wucher und darf nicht toleriert werden. Daher ist es wichtig, weiter Druck aufzubauen und sich zu solidarisieren. Nur so wird den Investoren auf dem Berliner Wohnungsmarkt nicht das Feld überlassen.
-
Fraktion DIE LINKE.
in der BVV,
Tempelhof-Schöneberg
von Berlin,
John F.-Kennedy-Platz
10825 Berlin

Zweckentfremdungsverbot verhindert Leerstand und die illegale Umnutzung von Wohnraum in Ferienwohnungen. Damit bezahlbarer Wohnraum jedoch langfristig sichergestellt werden kann und die landeseigenen Wohnungsgesellschaften konkurrenzfähig zu bleiben, ist eine Reform des Mietrechts im Bund dringend erforderlich. Die momentan legale Mitpreissteigerung von 15

Im Abgeordnetenhaus

Harald Gindra MdA,
Sprecher für Wirtschaft und Entwicklung der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus.
gindra@linksfraktion.berlin.
Kiezbüro:
Hildburghauser Str. 29
12279 Berlin
Öffnungszeiten:
Di. u. Do. 10-16 Uhr
Tel: +49 30 40 74 89 79
buero@harald-gindra.de
Sprechstunde:
Do. 26.05., 07. und 21.06.2018, 16 -18 Uhr**,** nach Absprache.
Mieterberatung: Je 2. u. 4. Di. im Monat 14 -16 Uhr im Kiezbüro

Philipp Bertram, MdA
Sportpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus:
bertram@linksfraktion.berlin
Stadtbüro:
Kaiserin-Augusta-Str. 75
12103 Berlin
Öffnungszeiten:
Di - Fr: 10-16 Uhr
Tel: +49 30 23 25 25 47
buero@philipp-bertram.de
Sprechstunde:
i.d.R. 14-tägig
Je 2.+4. Fr, 15-17 Uhr, Stadtbüro
Je 2./3. Mo, 15-17 Uhr
Rote Insel
Sozial-Rechtsberatung:
i.d.R. je 2. und 4. Do 15-17 Uhr im Stadtbüro, mit Anmeldung!

Selbstverwaltete Jugendeinrichtungen Drugstore und Potse akut in ihrer Existenz bedroht!

Beitrag von Carsten Schulz auf dem Berliner Landesparteitag

Liebe Genossinnen und Genossen,
heute demonstrieren viele Mieterinitiativen gemeinsam gegen Verdrängung und gegen die Mietenexplosion in unserer Stadt.

Direkte Folge von der Verdrängung ist der sprunghafte Anstieg von Wohnungslosigkeit. Unter den mittlerweile 30000 wohnungslosen Menschen in Berlin sind zunehmend auch viele Jugendliche zu finden.

Eine Anlaufstelle für jugendliche Treber sind die beiden selbstverwalteten Jugendzentren Drugstore und Potse im Norden Schönebergs, die bereits seit vielen Jahren eine wichtige soziale und kulturelle Arbeit mit und für Jugendliche machen, die andere Angebote der Jugendhilfe bzw. von Jugendzentren oftmals nicht wahrnehmen.

In den letzten 25 Jahren hat es insbesondere von CDU und FDP immer wieder Angriffe gegen die antifaschistische Arbeit von Drugstore und Potse gegeben und wir haben im Bezirk in der BVV mit dazu beigetragen, alle diese Angriffe abzuwehren.

Drugstore und Potse waren in den letzten Jahrzehnten für uns verlässliche Bündnispartner im Kampf gegen Rechts und für die Solidarität mit Geflüchteten in dieser Stadt.

Die damalige Senatsentscheidung, den großen Gebäudekomplex an der Potsdamer / Ecke Pallasstraße an die BVG zu verkaufen, wurde von Linken schon damals zu Recht kritisiert.

Die Kritiker haben Recht behalten: Die BVG verscherbelte den Gebäudekomplex an einen privaten Investor. Nach undurchsichtigen Weiterverkäufen möchte der jetzige Eigentümer die Räume zum Höchstpreis vermarkten.

Nur noch wenige Monate bis Jahresende verbleiben, um für die Jugendzentren Drugstore und Potse geeignete Räume zu finden, nachdem nach Aussage des Jugendstadtrates Schwork (SPD) der Vermieter nicht mehr bereit sein soll, die Mietverträge zu verlängern.

Der vom Bezirksamt gemachte Vorschlag, dass die von der Gewobag Stiftung „Berliner Leben“ verwaltete Bülowstraße 90 als neuer Standort in Betracht komme, ist bisher noch äußerst vage, da auch Wohnungen in dem Gebäudekomplex entstehen sollen.

Mit entsprechenden Schallschutzmaßnahmen wäre vielleicht eine Koexistenz des Konzertbetriebes von Drugstore und Potse mit den geplanten Wohnformen in einem Gebäude vereinbar. Aber diese Planungen geschweige denn Arbeiten hierfür haben noch gar nicht begonnen, und das achteinhalb Monate vor dem Aus der Jugendeinrichtungen in der Potsdamer Straße!

Bisher konnten die Vertreter des Bezirksamtes noch nicht die Frage beantworten, wie die bisherige Kulturarbeit mit diversen Werkstätten, Probe – und Konzerträumen bei wahrscheinlich auch stark reduzierter Fläche in der Bülowstraße fortgesetzt werden kann.

Und beim bezirklichen Stadtentwicklungsausschuss letzten Mittwoch im Rathaus Schöneberg hielt sich der Vertreter der Stiftung „Berliner Leben“ hinsichtlich einer Zukunft der Jugendzentren in der Bülowstraße sehr bedeckt.

Wir haben als linke Regierungspartei in Berlin die Verantwortung, Mittel und Wege zur Fortsetzung der wichtigen Arbeit dieser einzigartigen Jungendzentren zu finden und müssen dafür auch jetzt die Unterstützung des Senats einfordern.

Die gegenwärtige Haushaltslage eröffnet entsprechende finanzielle Spielräume, begrüßenswerte neue Jugendprojekte wie das neue queere Jugendzentrum zu finanzieren, aber auch diese wichtigen Projekte für die Jugendlichen zu erhalten, die in der Stadt keine Lobby haben.

Eine einvernehmliche Lösung mit den Jugendlichen, und das jetzt mit Hochdruck, muss endlich gefunden werden!

Unser letzter Landesparteitag hat sich bereits mit Drugstore und Potse solidarisiert und den Senat mit seinen zuständigen Stellen sowie unsere Abgeordnetenhausfraktion aufgefordert, zusammen mit dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg und den Jugendlichen eine dauerhaft tragbare Lösung zu entwickeln. Diese Lösung ist bisher noch nicht in Sicht!

Wir bitten Euch auch in den Bezirksverbänden um eure politische Unterstützung. Drugstore und Potse werden in den nächsten Wochen mit verschiedenen Aktionen auf ihre Lage aufmerksam machen.

Das tun sie heute Nachmittag auch schon auf der Mietendemo um 17:15 Uhr in der Potsdamer / Ecke Pallasstraße. *Carsten Schulz*

"Immer wieder das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen."

Interview mit Dr. Gesine Lötsch MdB

Die neue Bundesregierung mit der alten Koalition steht. Welche Schwerpunkte hat die Regierung bislang gesetzt und was die linke Antwort darauf?

Gesine:

Es gibt eine ganz große Koalition gegen Steuererhöhungen für Vermögende. Dazu gehören nicht nur CDU, CSU und SPD, sondern auch AfD und FDP. Der Kardinalfehler des Koalitionsvertrages – keine gerechte Steuerreform durchzuführen - wird durch die Abschaffung des Solis noch einmal verstärkt. 45 Deutsche besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Das wollen wir ändern! Ohne gerechte Steuerreform gibt es auch keine gerechte Gesundheits-, Arbeitsmarkt- und Rentenreform.

Die Militäroffensive der USA, Großbritanniens und Frankreichs läutet eine neue Phase im Syrien-Krieg ein. Was erwartest Du von der deutschen Bundesregierung?

Gesine:

Es wird Zeit, dass wir in den nächsten Wochen mit allen Menschen, die Frieden wollen, auf die Straße gehen und gegen eine Weiterführung des Krieges in Syrien demonstrieren. DIE LINKE muss als Friedenspartei in unserer Stadt für alle Berlinerinnen und Berliner sichtbar sein! Von dieser Bundesregierung erwarte ich, dass sie weiter an Kriegen verdienen will.

Jens Spahn hat in letzter Zeit Furore mit seinen politischen Statements ausgelöst, zu vielen Themen – außer seinem eigenem als Gesundheitsminister. Ist Spahn nur ein „bellender Hund" oder geht von seinen Aussagen tatsächlich eine Gefahr aus?

Gesine:

Einige in der CDU und in der CSU wollen die AfD rechts überholen. Das ist gefährlich. Das bedeutet weniger Rechtsstaat, weniger Demokratie und weniger Solidarität. Was haben wir gewonnen, wenn die AfD durch CDU und CSU ersetzt werden würde?

Durch die neue politische Konstellation im Parlament musstest Du den Vorsitz des Haushaltsausschusses an die AfD abgeben. Womit versuchen sich die Rechten im Bundestag zu profilieren und wie geht ihr als Fraktion damit um?

Gesine:

Es gibt kein Patentrezept gegen die AfD. Auf jeden Fall sind die meisten AfD-Abgeordneten aus der Mitte der Gesellschaft. Sie sind Staatsanwälte, Lehrer, Richter, Vermögensverwalter. Die Idee der CDU, die linken und rechten Ränder bekämpfen zu wollen, geht deshalb ins Leere.

Worin siehst Du generell die Herausforderungen für DIE LINKE in der nächsten Zeit?

Gesine:

Wir müssen immer wieder das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen. Ich stelle immer wieder fest, dass viele kleinteilige Diskussionen unter Linken bei der Mehrheit der Menschen nicht ankommen. Wir reden viel zu oft über die achte Stelle nach dem Komma, die Leute wollen aber wissen, was vor dem Komma stehen soll.

Zu guter Letzt: Du bist am 30. Mai in Mariendorf und diskutierst dort über die aktuelle politische Lage. Was verbindest du persönlich mit diesem Ortsteil?

Gesine:

Wenn ich Mariendorf höre, denke ich gleich an die Trabrennbahn, weil wir in Lichtenberg auch eine haben.

Gesine Lötzsch kommt am 30. Mai nach Mariendorf und spricht dort über die aktuelle politische Lage. Der Vortrag mit anschließender Diskussion und Kieztreffen findet im Restaurant Tandoori (Mariendorfer Damm 100) statt und beginnt um 19Uhr.

Interview: Martin Rutsch

Gesine Lötzsch in Mariendorf

Was bringt die Neuauflage der Großen Koalition für uns?

Mit Gesine Lötzsch (stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Deutschen Bundestag)
Vortrag und anschließende Diskussion
Wann: **Dienstag, 30. Mai um 19.00 Uhr**
Wo: Restaurant Tandoori (Mariendorfer Damm 100, zwischen U Alt-Mariendorf und U Westphalweg)

Kuba hat einen neuen Präsidenten

Fortsetzung von S. 1

Journalisten westlicher Medien, die über ökonomische Probleme berichten und über die Notwendigkeit eines wie auch immer gearteten *„Übergangs"* fabulieren, sollten sich einmal vor Augen halten, dass es in Kuba trotz aller Schwierigkeiten darum geht, die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen und zu vertiefen.

Die elementaren Menschenrechte, für die in anderen Gegenden der Welt gekämpft und gestorben wird, sind in Kuba Staatsräson.

Vielleicht erwächst dann ein gewisse Demut vor der Aufgabe, die Errungenschaften im sozialen Bereich, bei der medizinischen Versorgung und im Bildungssektor zu erhalten und gleichzeitig den Anschluss an gängige Konsumgüter zu garantieren. Und ein gewisser Repekt vor einer Regierung, die ihre Bürger nicht den Interessen internationaler Konzerne ausliefert, sondern sich das Wie, Wo und Was der Produktion vorbehält.

Roswitha Yildiz

Arbeitskreis
Lateinamerika der
Partei DIE LINKE

Mehr als 3.3 Millionen Erwerbslose. Zeit zu handeln statt zu tricksen

Wer die tatsächliche Arbeitslosigkeit erfassen will, muss ehrlich rechnen. (...) Hier ist die tatsächliche Zahl, die allein auf amtlichen Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit beruht. Im **April 2018** tatsächlich fast **3.3 Millionen Menschen** arbeitslos. Darüber hinaus tauchen **82.000** nicht erwerbstätige Personen – die korrigierte sog. **stille Reserve**[1] – in keiner Arbeitslosenstatistik auf, weil sie sich entmutigt vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben und sich nicht (mehr) als arbeitslos registrieren lassen.

Offizielle Arbeitslosigkeit im März 2018	**2.383.752**
Nicht gezählte Arbeitslose verbergen sich hinter:	
Älter als 58 beziehen Arbeitslosengeld I und/oder ALG II [0]	165.531
Ein-Euro-Jobs (Abeitsgelegenheiten)	69.131
Förderung von Arbeitsverhältnissen [2]	6.828
Fremdförderung	261.297
Bundesprogramm soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt [3]	
Besch.sforderung	15.655
Berufliche Weiterbildung	158.871
Aktivierung und berufliche-Eingliederung (z.B. Vermittlung durch Dritte)	194.723
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose)	2.135
Kranke Arbeitslose (§126 SGB III)	73.693
Nicht gezählte Arbeitslose gesamt:	**946.864**
Tatsächliche Arbeitslosigkeit im März 2018	**3.330.616**

Quelle: BfA Monatsbericht März 2018, Tab. 6.7.
[0] Die dort aufgeführte Altersteilzeit sowie Gründungszuschusse und sonstige geförderte Selbstständigkeit haben wir in der Tabelle nicht berücksichtigt. Die dort ebenfalls älteren Arbeitslosen die aufgeführten auf Grund verschiedene rechtliche Regelungen (§428 SGBIII, 65 Abs. 4 SGBII, 53a, Abs. 2, SGB II u.a.) nicht als Arbeitslose zählen, älter als 58 beziehen ALG I oder ALGII. [1] IAB Kurzbericht 7/2018 Seite 10; (Stille Reserve im engeren Sinn - Prognose 2017/2017) [2] Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen... zum Juli2012(...) zur Förderun von Arbeitsverhältnisse (**FAV** verbunden. [3] Mit 05.2016 neu in Berichterstatung der unterbeschäftigungaufgenommen.

Eigenmächtige Gesetzesauslegung des Jobcenter Tempelhof-Schöneberg

Der Antrag (Drs. 615) von DIE LINKE „Antragsannahme-Verweigerungsstrategie des Jobcenters muss beendet werden“ wurde im Sozialausschuss von allen anderen Fraktionen abgelehnt. DIE LINKE hatte sich damit gegen die Praxis des Jobcenters gewendet, die Antrags-Abgabe von einem vorherigen Erstgespräch mit der Vermittlungsfachkraft abhängig zu machen. Diese Handhabung ist so nicht vom Bundesrecht gedeckt (§ 37 S. 1 SGB I), und das Jobcenter ist wie jede andere Verwaltung auch, an das Gesetz gebunden. Das Jobcenter besteht aber darauf, dass der/die Antragssteller_in vor Abgabe zum/zur Arbeitsvermittler_in geht. Für die betroffene Person hat diese Praxis jedoch ggf. fatale Konsequenzen, da dieses Vorgehen nicht über eine Meldeaufforderung nach § 59 SGB II begründet wird, sondern über Mitwirkungspflichten. Ein Verstoß gegen eine Meldeaufforderung kann eine dreimonatige Kürzung der sozialen Leistungen in Höhe von 10 % bedeuten, aber ein Verstoß gegen Mitwirkungspflichten eine „ganz oder teilweise“ Streichung des gesamten Leistungsanspruchs (§ 66 Abs. 1 SGB I).
Jede Behörde ist immer nach § 20 Abs. 3 SGB X zur Entgegennahme von Anträgen verpflichtet, auch wenn sie diese für unbegründet oder falsch hält (§ 20 Abs. 3 SGB X). In den Anschreiben des Jobcenters an ihre „Kunden“ heißt es: „Vor der Abgabe Ihres Antrages ist ein Erstgespräch mit Ihrer Vermittlungsfachkraft vorgesehen. Nach Abschluss dieses Gespräches können Sie die Bestätigung über die erfolgte Vorsprache bei Ihrer Vermittlungsfachkraft sowie den Antrag und die Unterlagen [...] einreichen.“ Der Antrag wurde von allen Fraktionen abgelehnt, da die Vertreter_innen der anderen Fraktionen sich offensichtlich an einem vorab verschickten Schreiben, der stellvertretenden Geschäftsführerin der Behörde, orientierten, in dem es heißt: „Es ist jedoch nicht so, dass Anträge auf Arbeitslosengeld II nicht bearbeitet werden, wenn dieses Erstgespräch noch nicht stattgefunden hat.“ Warum werden dann alle Antragsteller_innen explizit schriftlich darauf hingewiesen den o.g. Weg einzuhalten?
Diese Art der künstlichen Erschwernis für die Betroffenen zu ihrem Recht zu kommen ist schlichtweg unsinnig. DIE LINKE fordert die Abschaffung der Sanktionen im ALG II-Bezug. Kein Mensch will freiwillig Sozialleistungen, die es ihm für den Rest seines Arbeitsleben erschweren wieder Fuß zu fassen. Die Behörde allgemein unterstellt jedoch häufig den Leistungsempfänger_innen sie seien „faul“ und würden nur die Leistungen kassieren wollen.

Elisabeth Wissel

Vortrag und Diskussion mit

Peter Wahl - Von Frankreich lernen?

Der Erfolg von Mélenchons La France Insoumise
Hintergründe – Probleme – Perspektiven

Dienstag, den 29. Mai 2018, um 19 Uhr
in der Roten Insel, DIE LINKEN Tempelhof-Schöneberg
Feurigstr. 68, 10827 Berlin-Schöneberg

Soziale Gerechtigkeit, öko-sozialistische Klima- und Umweltpolitik, Friedenspolitik etc., wie geht das und wie kommt das voran? Die traditionellen Parteien der Linken in Europa erfahren seit einigen Jahren einen stetigen Abwärtstrend. In Deutschland trifft es die SPD. Die Partei DIE LINKE tritt mehr oder weniger auf der Stelle. Dabei liegen die drängenden Gegenwartsfragen alle auf dem Tisch, angefangen von sozialer Gerechtigkeit, der totalen Schieflage der Vermögensverteilung, explodierenden Mieten über die Zerstörung der Natur bis hin zu Kriegen und Kriegseinsätzen. Obwohl viele Menschen die Notwendigkeit sehen, dass hier engagiert gehandelt werden muss, traut man das offensichtlich der Linken nicht zu. Sozialdemokraten haben durch ihren kapitalfreundlichen Kurs deutlich an Vertrauen verloren. Die Partei DIE LINKE kann vom Niedergang der SPD nicht profitieren und die Grünen haben sich weitgehend von linker Politik verabschiedet. Die politische Rechte hingegen geht gestärkt aus Wahlen hervor. Deshalb stellt sich die Frage, ob die bisherige programmatisch linke Orientierung ausreicht, um Terrain zurück zu gewinnen und Fahrt für notwendige und tiefgreifende Reformen aufzunehmen. Oder braucht es nicht vielmehr auch neue organisatorische Strukturen über das bisherige Parteienspektrum hinaus, die eine aktive Teilnahme an politischen Prozessen interessant machen?

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

In Frankreich hat sich gezeigt, dass der Aufstieg von La France Insoumise (LFI), mit Mélenchon als Präsidentschaftskandidat an der Spitze, einen ansehnlichen Erfolg verbuchen konnte. Und das trotz großer Anfeindungen in den Medien, auch hierzulande. Es handelt sich bei LFI zweifellos um eine Sammlungsbewegung mit linkem Charakter, die sich deutlich von den französischen Sozialisten und ihrer inzwischen bedeutungslosen Parti Socialiste abgrenzt. Interessant ist, dass Mélenchon und LFI auch in der deutschen Linken auf wenig Gegenliebe stößt, trotz des enormen Erfolges. Populistische und nationalistische Tendenzen werden teilweise unterstellt.

Fortsetzung auf S. 7

Von Frankreich lernen?

Fortsetzung von S. 6

Bemerkenswert ist auch, dass Mélenchon gerade von den jungen Wählern, aber auch von vielen ArbeiterInnen die Stimme zum Präsidentschaftswahlgang erhalten hat. Zweifellos ist die LFI heute der linke Pol in der französischen Gesellschaft. Doch es gibt sichtlich Probleme: Mélenchon ist die zentrale Bezugsperson der Bewegung und es stellt sich die Frage, wie demokratische Entscheidungen für die Entwicklung der Bewegung zustande kommen oder ob diese Bewegung auch über den Wahlkampf hinaus im Alltag linke Politik praktizieren kann.
In Deutschland regt u. a. Sahra Wagenknecht von der Partei DIE LINKE an, sich über neue Organisationsformen Gedanken zu machen. Andere halten dies für einen Irrweg. Es bleibt also zu klären, welche organisatorischen und inhaltlichen Möglichkeiten für die politische Linke bestehen, um in der Gesellschaft wirksam und mehrheitsfähig zu werden.
Über diese Themen und Fragestellungen wollen wir gemeinsam mit Peter Wahl diskutieren.

Peter Wahl ist Gründungsmitglied von Attac, Mitglied des Vorstands von WEED und, im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Autor der Studie „Ein außergewöhnlicher Erfolg der Linken? Frankreich im Wahlzyklus 2017“.

Alexander King

Die Grüne Lüge – Wenn Unternehmen die Welt retten

Mit ihrem neuen Buch zum Film „Die Grüne Lüge“ deckt Kathrin Hartmann auf, wie Unternehmen behaupten die Welt zu retten, obwohl sie Menschen und Natur schwerste Schäden zufügen. Zum Beispiel wenn Nestlé seine überteuerten Nespresso-Kapseln aus angeblich nachhaltigem Aluminium als Entwicklungshilfe für die KaffeebäuerInnen bewirbt, oder wenn die „Mutter des Greenwashing“, der Ölmulti BP, sich nach der Explosion seiner Bohrplattform Deepwater Horizon im Golf von Mexiko mit einer millionenschweren Werbekampagne als verantwortlicher Retter präsentiert und sich fünf Jahre später dafür lobt, keine bleibenden Schäden hinterlassen zu haben. Dabei liegt die Fischerei seither am Boden, zigtausende Menschen sind arbeitslos und schwer erkrankt, weil der Konzern mit dem Gift Corexin, das er auf das Öl und auf die Menschen in den Reinigungsbooten sprühte, alles nur noch schlimmer machte.

Modeunternehmen wie G-Star, Adidas oder H&M fertigen schicke Kleidung aus recyceltem Plastik, das aus dem Meer gefischt wird, und behaupten damit neben der Meeresreinigung gleich noch die umweltzerstörende Herstellung von Baumwolle einzuschränken. Bei so viel Weltrettung gerät der vollkommen überdrehte Konsum mit seiner Massenproduktion von Kleidung aus dem Blick, ebenso wie die Arbeitsbedingungen derjenigen, die diese in Bangladesh und anderswo unter oft lebensgefährlichen Bedingungen herstellen. Kathrin Hartmann kritisiert auch das „Cradle-to-Cradle“-Prinzip, das einen Konsum ohne Reue verspricht. Denn essbare Bezüge für Flugzeugsitze machen das Fliegen nicht ökologisch, und kompostierbare Kleidung aus nicht mehr verwendbarer Milch ändert nichts an der quälerischen Massentierhaltung und der Zerstörung von Regenwäldern für den Anbau von Viehfutter.

Die „Konsumentendemokratie“ führt dazu, dass immer mehr Leute glauben, durch ethischen Konsum individuell etwas Gutes bewirken zu können. Das sogenannte nachhaltige Palmöl ist in jedem zweiten Supermarktprodukt zu finden. Der von dem größten Palmöl-Verbraucher Unilever, der NGO WWF und der Palmölindustrie gegründete „Runde Tisch für nachhaltiges Palmöl“ (RSPO) verhindert mit seinen freiwilligen Selbstverpflichtungen weder die Zerstörung von Regenwald, noch die ausbeuterische Kinder- und Zwangsarbeit auf den Plantagen.

Die Autorin informiert: „Der WWF ist keine Organisation, die aus der Zivilgesellschaft heraus entstand. Er wurde 1961 von Adligen, Großwildjägern, Industriellen und Millionären gegründet, um für genau diese Klientel vermeintlich unberührte Naturparadiese zu schützen.“ Der WWF hat sein Erfolgskonzept der Runden Tische auf weitere Bereiche wie Forstwirtschaft, Fischerei, Rindfleisch, Soja, Baumwolle etc. ausgedehnt – alles angeblich nachhaltig und mit freiwilligen Selbstverpflichtungen. So können ungestört Indigene von ihrem Land vertrieben und ihnen damit ihre Lebensgrundlagen entzogen werden, für einen „imperialen Lebensstil“(Ulrich Brand und Markus Wissen) derjenigen im globalen Norden, die sich den überbordenden Konsum auf Kosten anderer leisten können.

Filmemacher Werner Boote (Plastic Planet) ist mit Kathrin Hartmann an die Orte des Grauens gereist, und so macht der Film sichtbar, was im Buch beschrieben ist: Schulkinder die auf Sumatra Atemschutzmasken tragen müssen, weil die Luft vom Abbrennen des Regenwaldes verschmutzt ist, giftige Ölbrocken am Strand im Golf von Mexiko, und die beklemmende Öde des Braunkohle-Tagebaus Garzweiler des Konzerns RWE. Der Journalist und Aktivist Raj Patel betont, dass Veränderung nur aus Konflikten entsteht, nicht durch den Zusammenschluss mit Firmen. Noam Chomsky, kapitalismuskritischer Wissenschaftler am MIT, plädiert für eine Demokratisierung der Wirtschaft und Unternehmen im Eigentum der Belegschaft. Jede Art von Hierarchie müsse abgeschafft und die Demokratie erkämpft werden, sonst drohe die Zerstörung jedes zivilisierten Lebens. Besonders beeindruckend sind die indigenen Aktivist*innen, zum Beispiel Sonia Bone Guajajara, die dazu ermutigt, den Kampf für Umweltschutz und Menschenrechte nie aufzugeben.
Buch und Film demontieren den naiven Wunschtraum, die Welt sei ganz einfach zu retten, wenn nur alle die richtigen Produkte kaufen würden. Jedoch wird nicht nur gezeigt was nicht geht, denn das Kaufverhalten ist überhaupt nicht egal, nur sollte es nicht vorrangig darum gehen, vermeintlich gute Produkte zu kaufen, sondern Überflüssiges oder Schädliches wegzulassen. Und vor allem sich gemeinsam mit anderen politisch und in Projekten solidarischen Wirtschaftens zu engagieren.

Elisabeth Voß

Kathrin Hartmann: Die grüne Lüge – Weltrettung als profitables Geschäftsmodell, Blessing 2018, 240 Seiten, ISBN: 978-3-89667-609-2, 15,00 EUR

Werner Boote und Kathrin Hartmann: Die Grüne Lüge, Filmstart in Deutschland 22.03.2018: http://www.thegreenlie.at/

DIE LINKE.
Tempelhof - Schöneberg
Bezirksgeschäftsstelle:
Feurigstr. 68,
10827 Berlin
Öffnungszeiten:
Di. und Do: 11 - 18 Uhr
Mo. und Fr: 11 - 15 Uhr
Tel. : +49 30 21 997-140
Fax: +49 21 729 26
E-Mail: bezirk@dielinke-tempelhof-schoeneberg.de
Webseite: www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

Termine in der Roten Insel

Mitgliederversammlung
Do. 17.05.2018, 19 Uhr
Bezirksvorstand
09. u. 23.05.2018, 19 Uhr
Basisorganisationen(BO)
BO Schöneberg
04.06.2018, 19 Uhr
BO Tempelhof
24.05.2018, 19 Uhr,
Arbeitskreis Kommunale Altersversorgung (AKA)
Telefonisch erfragen
Beratungstermine für KulturLeben:
Anmeldung Je 3. Diienstag: 15.05. und 19.06. 16 Uhr
AK-RoteBeete
15.05., 19 Uhr
Lesekreis Karl Marx
26.05. 17 Uhr
Bezirksfraktion: S. 3
Unser Abgeordneter:
Harald Gindra, MdA, S. 4
Philipp Bertram, MdA, S. 4
JobCenter-Infostand
15.05., 10 Uhr, Wolframstr. vorm JobCenter
Inselgespräche
02.06., 15 Uhr
Von Frankreich lernen?
Mit Peter Wahl
29.05., 19 Uhr, Rote Insel

Mieter_innen in Tempelhof-Schöneberg wehren sich gegen Mietenwahn und Verdrängung - DIE LINKE unterstützt sie dabei. Hier in Aktion am 4. Mai, auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz, mit dem "Miethai". Eine Aktion der Basisorganisation Schöneberg.
Foto: *Norbert Seichter*

M-26-7

Mieter-Aufruf: *Gentrifizierung* - Wir sind an Ihren Erfahrungen interessiert!

DIE LINKE als kleine Partei in einem großen Bezirk kann nicht überall sein. Wir wollen aber herausfinden, in welchem Umfang und mit welchen Methoden sich Ihre Nachbarschaft verändert. Warum Mieter mit kleinem Einkommen wegziehen müssen und sich die sogenannte „Aufwertung“ von Kiezen breit macht.
Deswegen bitten wir Sie um Informationen: Wo werden aufwändige Sanierungen geplant, verbunden mit der Ankündigung erheblicher Mietsteigerungen? Wo werden ganze Häuser „leergezogen“ um grundzusanieren und anschließend in Eigentumswohnungen umzuwandeln? Wo werden Wohnungen zu Ferienwohnungen umgewandelt oder bereits als solche genutzt? Wo werden die weitgehenden Mieterhöhungsspielräume extrem ausgenutzt? Wo werden Wohnungswechsel zu extremen Mieterhöhungen genutzt? Wo müssen Hartz-IV-Haushalte Wohnungen räumen, weil sie eine Aufforderung des JobCenters erhielten, ihre Mietkosten zu senken?
Wir wollen Ross und Reiter nennen, weil wir nicht nur aus nüchternen Statistiken die Änderung der Lebensumstände von so vielen Menschen in unserem Bezirk bewerten wollen. Wir wollen diese Erfahrungs- und Wissenssammlung in politische Initiative umsetzen: krasse Fälle öffentlich machen, die Vernetzung und den Widerstand unterstützen und im Rahmen unserer Möglichkeiten auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene parlamentarische Initiativen anstoßen.
Helfen Sie uns dabei!
Mieter-Notrufe an: Mi. 15-17 Uhr: 902 77 48 98
Per E-Mail an *kontakt@linksfraktion-ts.de* oder per Post an: DIE LINKE, Feurigstraße 68, 10827 Berlin

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Redaktion: DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg; Berliner Bank IBAN: DE 75 1007 0848 0525 6078 06 BIC: DEUTDEDB110; Erscheinungsweise: 10-12x jährlich; Diese Ausgabe: Auflage: 1.000 Exemplare; V.i.S.d.P.: Bezirksvorstand, Alexander King, Layout: Grace Irazoque; Druck: Bunter Hund; Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Autors oder der Autorin wieder und entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion oder des Bezirksvorstandes. Mai/Juni-2018-Planung: 11.04.2017. Redaktionsschlussa: 21.04.2018. **Schlussredaktion: 25.04**/05.05.2018. Planung für die Juli-2018-Ausgabe: 23.05.2018. Redaktionsschluss 09.06.2018, Schlussredaktion 13.06. Diese Nummer erscheint *online* voraussichtlich am 09.05.2018, in Druckversion am 14.05.2018.
www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/